



Vorgestellt:

Paul Kurzke (35)

Beschäftigt beim Rückbau des KKW Rheinsberg

Für die nukleare Strahlung ist es ein Wimperschlag, für ein Menschenleben ein langer Zeitraum: Vor nunmehr 80 Jahren wurde das Kernkraftwerk Rheinsberg in Betrieb genommen. „Mein Opa hat dort gearbeitet, mein Vater arbeitet immer noch dort und ich habe auch mein bisheriges Berufsleben da verbracht,“ berichtet Paul Kurzke. Anfang der 90er Jahre wurde das KKW stillgelegt und seitdem wird zurückgebaut. Für Rheinsberg war es ein Gewinn, davon ist Kurzke überzeugt. „Zu Betriebszeiten gab es 600 Arbeitsplätze, die meisten hoch qualifiziert. Rheinsberg hatte enormen

Zuzug. Auch heute sind immer noch 150 Leute hier beschäftigt, das KKW der größte Arbeitgeber.“ Und das wird noch lange so bleiben. Für den weiteren Rückbau werden noch Jahrzehnte prognostiziert. Angst vor Strahlenbelastung bei der Arbeit hat Paul Kurzke nicht. „Ich habe am Anfang einen Strahlenschutzlehrgang besucht, viel über Radioaktivität erfahren und Methoden zum Schutz erlernt. Das macht die Gefahr greifbarer und nimmt die Angst.“ Aber er ist fest davon überzeugt: Der Ausstieg aus der Atomenergie hin zu erneuerbaren Energien ist der richtige Weg. „Vielleicht hätten die

bestehenden KKW länger laufen können, um früher aus der Kohle auszusteigen? Das kann ich nicht sagen. Ein Wiedereinstieg dagegen ist nach meinem Kenntnisstand wirtschaftlich und technologisch totaler Irrsinn, zumal Deutschland immer noch keine Antwort auf die Frage der Endlagerung hat.“ Paul Kurzke ist in der Industrieergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) organisiert und seit einem Jahr Vorsitzender der Betriebsgruppe. Durch einen hohen Organisationsgrad und eine gute Geschäftsführung hat in Zeiten von Pandemie und Wirtschaftskrise niemand Angst um den



Arbeitsplatz haben müssen, berichtet Kurzke und „in Tarifverhandlungen hatten wir immer eine gute Ausgangslage.“ Aber die allgemeine Weltlage habe in den letzten Jahren für viel Unsicherheit, steigende Kosten in allen Bereichen des Alltags und zusätzliche Belastung bei den Kolleginnen und Kollegen gesorgt. Neben der Gewerkschaftsarbeit ist Paul Kurzke Mitglied im Kreisverband der Linken Ostprignitz-Ruppin.

■ ■ Bms

Volksinitiative für ein gesundes Schulessen Unterschreibt jetzt!



Die brandenburgische Landesregierung muss dringend handeln! Wir wollen ein beitragsfreies Mittagessen für alle

Schüler*innen der 1. bis 6. Klassen an allen brandenburgischen Schulen. Hilf mit! Mit Deiner Unterschrift oder beim Sammeln von Unterschriften.

Für unsere Kinder!

(Mehr Infos und Unterschriftenlisten unter: „www.gerechtigkeit-isst-besser.de“ oder in allen Geschäftsstellen der Linken).

■ ■ Gerlinde Krahnert

Nächster bundesweiter Schulstreik am 08. Mai 2026 Macht mit!

Die Organisatoren sagen NEIN zur Wehrpflicht. NEIN zu allen Zwangsdiensten! Die Mehrheit der Jugendlichen lehnt die Wehrpflicht ab. Bis jetzt waren schon über 55.000 Schüler*innen dagegen auf der Straße und haben die Schule bestreikt. Für die Wehrpflicht gab es keine einzige Demo. Junge Leute sagen: „Die Bundeswehr will an unseren Schulen werben. Wir wollen Friedensbildung! Rheinmetall will, dass die

Aktien weiter steigen. Wir wollen Geld für Bildung und Soziales! Merz will, dass die Bundeswehr die größte Armee Europas wird. Wir wollen Frieden! Pistorius will, dass wir kriegstüchtig werden. Wir wollen eine Zukunft!“ (Mehr Infos zur Kriegsdienstverweigerung unter: https://www.dielinke.de/fileadmin/user_upload/howto-wehrpflichtverweigern.pdf).

■ ■ Gerlinde Krahnert

Beim Wählen nicht mit dem Feuer spielen

Die AfD setzt auf Einschüchterung, Hass und Polarisierung

In Sachsen-Anhalt wollte die AfD die Schulen vor „linken Pädagogen schützen“. Seit Ende Februar gibt es nun für Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt durch einen Erlass des Bildungsministeriums eine Klarstellung: Demnach sind verfassungsfeindliche, rassistische oder menschenverachtende Positionen im Unterricht nicht als legitime Alternativen darzustellen. Hintergrund ist, dass die AfD im Oktober 2025 unter dem

Titel „Wissen statt Meinung, Toleranz statt Bevormundung: Politische Beeinflussung an Schulen bekämpfen!“ einen Antrag an den Landtag eingereicht hatte, der zwar abgelehnt wurde, die AfD aber nicht davon abhält, Lehrkräfte einzuschüchtern und sie mundtot zu machen. Der bildungspolitische Sprecher der Linken im Landtag von Sachsen-Anhalt, Thomas Lippmann, warnt: „Wenn die AfD jetzt Lehrkräften grundsätzlich verbieten

will, im Unterricht politische Bildung zu vermitteln und Haltung zu zeigen, dann mit dem Ziel, unter dem Deckmantel angeblicher Neutralität ihre rassistischen, antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Positionen ungestört verbreiten zu können und so dem Abbau der Demokratie weiter den Boden zu bereiten.“ Im September wird in Sachsen-Anhalt der Landtag neu gewählt und die AfD könnte die absolute Mehrheit erzielen.

Die Lehrgewerkschaft GEW verwies darauf, dass Lehrerinnen und Lehrer demokratische Werte vermitteln müssten. Doch die AfD überziehe Lehrkräfte, die Haltung zeigen, mit Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden. Wenn Lehrkräfte aus Sorge um den Druck der AfD auf eine klare Positionierung verzichten, überlassen sie jenen das Feld, die mit Lüge, Angst und Polarisierung agieren!“



Dieses Symbol ist der AfD ein besonderer Dorn im Auge: „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ Am 23. Februar 2026 wurde die 5.000. Schule in das gleichnamige bundesweite Netzwerk aufgenommen, die Grundschule „Geschwister

Scholl“ im brandenburgischen Bad Belzig. Im Land Brandenburg gehören 118 Schulen zum Netzwerk, darunter auch die Carl-Diercke-Schule in Kyritz sowie die Beruflichen Schulen der ASG in Neuruppin.

■ bc, gk

Christin Willnat: „Unsere Städte dürfen nicht zur Bühne für Neonazis werden!“

Das Land Brandenburg war in diesem Jahr Gastgeberland für den Auftakt der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Mit bundesweit mehr als 5.000 Veranstaltungen haben die Veranstalter gemeinsam ein Zeichen für 100 Prozent Menschenwürde, gegen Rassismus und Rechtsextremismus gesetzt. Gegen die Menschenwürde geht es

überall dort wo Abwertung, Ausgrenzung und Ungleichbehandlung stattfinden. Rassismus prägt schleichend Routine, durchzieht Institutionen, strukturiert öffentliche Debatten. Diesen schleichenden Prozess befördert auch die rechtsextreme Partei Der III. Weg. Die Bundestagsabgeordnete Christin Willnat (Die Linke) weist ausdrücklich darauf

hin, dass diese Partei als neonazistisch geprägte Kaderorganisation agiert. Sie wurde 2013 gegründet und tritt offen rechtsextrem und fremdenfeindlich auf. „Dass diese offen rechtsextreme Partei nun versucht, mit einem sogenannten Bürgerbüro in Wittstock Fuß zu fassen, ist ein alarmierendes Signal“, sagt Willnat. Dies sei eine besondere politische

Herausforderung für alle Demokraten in Bund, Land und Kommunen. „Unsere Städte dürfen nicht zur Bühne für Neonazis werden. Wittstock steht für Zusammenhalt, Vielfalt und demokratisches Engagement. Es liegt an uns allen, diese Werte sichtbar zu verteidigen“, mahnt die Bundestagsabgeordnete.

■ Gerlinde Krahnert

Kein Platz für Rassismus

„Ich bin stolz darauf, dass sich meine Heimatstadt Neuruppin sichtbar gegen Rassismus engagiert und sich für ein tolerantes und weltoffenes Neuruppin einsetzt“, kommentierte Jenny Salzwedel, Fraktionsvorsitzende der Linken, den Beschluss der Stadtverordneten der Fontanestadt, zwei „Toleranzbänke – Kein Platz für Rassismus!“ vor den

Rathäusern A und B aufzustellen. Bereits Mitte März wurde der Beschluss umgesetzt. Die Bänke haben eine Rückenlehne von circa zwei Metern, aber nur eine Sitzfläche von eineinhalb Metern, wobei die fehlende Sitzfläche auf der rechten Seite das Motto „Kein Platz für Rassismus“ symbolisiert.

■ Gerlinde Krahnert



Der Politik Grenzen setzen

Das Bundesverfassungsgericht wird 75

Was machen Politiker mit Hang zum Despotismus als erstes? Die Presse und das höchste Gericht unter ihre Kontrolle bringen. Solche Bestrebungen sehen wir zur Zeit in vielen Ländern und auch in Deutschland wird von Rechten und Konservativen immer lauter Kritik an der Macht des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) geübt: Es würde mit seiner Rechtsprechung den Mehrheitswillen beschränken oder politische Lösungen behindern. Aber genau das ist die Aufgabe dieses Gerichtes, nämlich der Politik ihre Begrenzung durch das Grundgesetz aufzuzeigen, Minderheiten vor der Mehrheitsdominanz zu schützen und den Einzelnen vor dem Staat.

Genauso bedenklich wie die offene Infragestellung der Macht des BVerfG ist die

Weigerung, seine Beschlüsse umzusetzen. Zum Beispiel das Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz von 2012: Das Gericht befand, der Gesetzgeber darf bei der Ausgestaltung existenzsichernder Leistungen nicht pauschal nach dem Aufenthaltsstatus differenzieren. Danach hätte dieses Sondergesetz abgeschafft werden müssen. Nichts dergleichen geschah. Oder das Urteil zur Vermögenssteuer: Das Gericht urteilte 1995, dass die Bewertung von Immobilien und Grundvermögen im Vergleich zu anderem Vermögen (wie Bargeld oder Wertpapieren) zu niedrig war und damit gegen den Gleichheitssatz des Grundgesetzes verstieß. Der Gesetzgeber war verpflichtet, eine Neuregelung zu treffen, tat dies aber nicht. Stattdessen wurde die Erhebung der

Steuer ab 1997 ausgesetzt. Die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl wollte Immobilienbesitzer nicht stärker belasten.

2006 stellte das BVerfG noch einmal klar, dass das Grundgesetz keine Obergrenze für die Besteuerung von Vermögen vorgibt, wie bis dahin von interessierten Kreisen behauptet wurde. Trotzdem passierte wieder nichts. Die SPD traut sich nicht, CDU und FDP lehnen die Aktivierung der Vermögenssteuer ab, die AfD will sie ganz abschaffen. Im Februar erschien eine Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die die Linksfraktion des Bundestages in Auftrag gegeben hatte, zu der Frage, wie hoch die Verluste sind, die durch die Aussetzung der Vermögenssteuer entstehen. Ergebnis: Würde



persönliches Vermögen ab einer Million mit nur einem Prozent besteuert, stiegen die jährlichen Steuereinnahmen um 42 Milliarden Euro und die Gesellschaft würde, ganz im Sinn des Grundgesetzes, ein Stück gerechter.

Studie: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.998454.de/diwkompakt_2026-211.pdf

■ ■ bms, gk

Schluss mit der Abzocke

Die steigenden Preise für Sprit und Lebensmittel setzen immer mehr Menschen unter Druck. Während viele Familien überlegen müssen, wie sie den nächsten Einkauf oder den Weg zur Arbeit bezahlen, verschärft die Bundesregierung mit ihrer Energiepolitik die Lage zusätzlich.

Nach aktuellen Berichten haben sich inzwischen mehr als 3.700 Unternehmen gegen die Energiepolitik von Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche ausgesprochen, weil hohe Energiepreise zunehmend zum Standortproblem für Wirtschaft und Verbraucher werden.

Die Bundestagsabgeordnete Christin Willnat (Die Linke) kritisiert diese Entwicklung scharf und forderte mit ihrer Fraktion in der Bundestagsdebatte ein sofortiges Gegensteuern. „Die Bundesregierung muss endlich handeln und die Verbraucher*innen entlasten, statt tatenlos zuzusehen, wie die Energielobby Krisen zur Gewinnmaximierung schamlos ausnutzt“, so die Abgeordnete. „Nötig ist die Reaktivierung des 9-Euro-Tickets und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf alle Grundnahrungsmittel. Zudem muss es eine Übergewinnsteuer auf Energieunternehmen geben.“ Bereits während der Energiekrise 2022 wurde auf EU-Ebene ein Solidaritätsbeitrag eingeführt, der in Deutschland rund 2,4 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen brachte. Diese Mittel könnten sofort und gezielt zur



Unterstützung der Bevölkerung eingesetzt werden. Die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen, wie die Öffnung der Ölreserven und die Regelung, die Benzinspreise nach österreichischem Modell nur einmal täglich erhöhen zu dürfen, werden die Probleme nicht lösen.

■ ■ Christian Richter



Die **Bundesregierung muss** endlich handeln und die **Verbraucher*innen entlasten**, statt tatenlos zuzusehen, wie die Energielobby Krisen zur Gewinnmaximierung schamlos ausnutzt.

26.04.1986 Die Katastrophe

Sicherheit gibt es nur ohne Atomkraft- Nachdenkliches und Wissenswertes

Am 26. April jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 40. Mal. Sie ist kein fernes Relikt, sondern eine ernste Mahnung für unsere Gegenwart. Atomkraft ist keine Antwort auf Klima-, Energie- und Sicherheitskrisen – sie verschärft sie. Vier Jahrzehnte nach Tschernobyl gibt es in Deutschland noch immer kein Endlager für hochradioaktiven Abfall. Prognosen im Auftrag des BASE gehen davon aus, dass ein Standort womöglich erst 2074 feststeht; die Einlagerung würde noch später beginnen. So

machen wir Politik auf Kosten künftiger Generationen. Trotzdem wird Atomkraft weiter als Heilsversprechen verkauft: als billige Energiequelle, als Klimaretterin oder in Gestalt angeblich innovativer Small Modular Reactors (SMR). Doch auch SMR lösen das Atommüllproblem nicht. Das erste große US-Vorzeigeprojekt von NuScale wurde 2023 gestoppt, das argentinische CAREM-Projekt kämpft seit Jahren mit Verzögerungen und Unterbrechungen. Wer hier von schneller, sicherer

und günstiger Energie spricht, verkauft Wunschdenken. Hinzu kommt die internationale Sicherheitslage. Im März 2026 vereinbarten Frankreich und Deutschland eine engere Zusammenarbeit bei der nuklearen Abschreckung, einschließlich deutscher Beteiligung an französischen Atomübungen. Der Krieg in der Ukraine zeigt zugleich, wie verwundbar nukleare Standorte sind – von Saporischja bis Tschernobyl. Auch Castor-Transporte durch NRW führen uns diese Risiken vor

Augen. Wer von einer Rückkehr alter deutscher Atomkraftwerke träumt, ignoriert Rückbau, fehlende Genehmigungen und immense Kosten. Die Lehre aus Tschernobyl ist klar: weniger Atomkraft, nicht mehr. Sicherheit entsteht nicht durch neue Reaktoren, sondern durch Atomausstieg, erneuerbare Energien und Verantwortung für kommende Generationen. Das ist die Konsequenz aus 40 Jahren Warnung.

■ ■ Mareike Hermeier, MdB,
Die Linke

Rückbau von Kernkraftwerken: Jahrhundertaufgabe und Millionenengrab



Rund 850 Mio. Euro Steuer-gelder flossen bereits in den Rückbau des KKW Rheinsberg. Die Gesamtkosten sind nicht absehbar. Von den 33 deutschen Kernkraftwerken wurden bisher erst drei vollständig zurückgebaut. Die Betreiber werden nur mit

einem Festbetrag an den Kosten beteiligt, Mehrkosten zahlt der Steuerzahler. Hinzu kommt die Zwischen- und Endlagerung. 2023 prognostizierte das Wirtschaftsministerium dafür Kosten von rund 170 Milliarden Euro. Im Jahr 2022 gab es weltweit 204

stillgelegte Atomkraftwerke, von denen nur zehn komplett zurückgebaut waren. Die Kosten für den Rückbau sind überall immens, das Endlagerproblem ist nirgends gelöst.

■ ■ red

ML fragte den Landratskandidaten für Ostprignitz-Ruppin: Wie stehen Sie zur aktuellen Atomkraftde- batte, Herr Kresse?

Der grundsätzliche Ausstieg aus der Atomkraft ist richtig, da man das Thema ‚Endlagerung‘ nicht negieren kann. Die Frage ist, wann wäre der richtige Moment gewesen? Möglicherweise hat man sich durch die schnelle Entscheidung einiger Optionen beraubt, auch wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien die Zukunft ist! Dazu muss nur der

Netzausbau im Gleichschritt einhergehen, was aktuell nicht passiert und auch nicht kurzfristig zu erwarten ist. Wir reden insbesondere in unserer Region von Planungszeiträumen von 10-20 Jahren, bis die Netze die erneuerbaren Energien verträglich aufnehmen können. Das ist eine lange Zeit! Hier muss man sicher nochmal die Verfahren zum Netzausbau überdenken!

Atommüll muss aber auch gelagert werden?

Die Debatte um die Endlagerung des Atommülls haben wir hier im Landkreis direkt mitbekommen! Hier gab es mehrere Prüfgebiete. Diese Debatte ist emotional stark aufgeladen und kann nur durch die künftige Vermeidung von Atommüll entspannt werden. Dabei ist klar, dass der jetzige Atommüll noch hunderttausende Jahre an einem sicheren Ort isoliert



werden muss. Die Halbwertszeiten einzelner Stoffe betragen zehntausende Jahre und länger.

■ ■ red

Zerstörtes Leben – verlorene Welt – Tschernobyl 40 Jahre nach der Katastrophe



Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 im Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Pripjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der Kategorie katastrophaler Unfall eingeordnet.

40 Jahre nach der Katastrophe

ist die Zone um Tschernobyl nahezu menschenleer, die Stadt Pripjat ist eine Geisterstadt, die Natur erobert das Gebiet zurück. Zwischenzeitlich war die Sperrzone im Zuge des Krieges in der Ukraine durch die russische Armee besetzt, durch die Kampfhandlungen wurde ein Teil des schützenden Sarkophags beschädigt.

Vor zehn Jahren bin ich in die Sperrzone gereist und habe fotografisch festgehalten, wie ein solches Gebiet 30 Jahre nach dem Supergau aussieht. Vor allem ging es mir darum, dass das Thema nicht aus dem Bewusstsein verschwindet, denn ich finde, die Menschen vergessen zu schnell. Und auch nun, zehn Jahre später, ist das Thema nicht vom Tisch. Vor nun 40 Jahren passierte dieser Super-Gau, und dennoch setzen nahezu alle Industrienationen weiterhin auf Atomkraft. Fukushima

hat das Bewusstsein noch einmal geschärft und es bedurfte dieses weiteren katastrophalen Unfalls, um in Deutschland den Ausstieg aus der Kernkraft zu beginnen. Doch es gibt Stimmen, die nach dem Ausstieg vom Ausstieg rufen. Deshalb kann man gar nicht oft genug auf die zerstörerischen Folgen dieser Technologie hinweisen.

Aktualität gewinnt die Frage der Nutzung der Atomkraft durch die aktuelle Endlagersuche. Auch unsere Region ist noch nicht aus dem Spiel, was die Standortsuche für ein Endlager betrifft. Und da zeigt sich neben der Gefahr einer atomaren Versuchung ein weiteres Problem dieser Technologie: Der Müll wird noch Jahrtausende strahlen. Was für ein Irrsinn! Auf eine Technologie zu setzen, die einerseits im Fall eines Unfalls riesige Gebiete für Jahrtausende faktisch

unbewohnbar macht - und bei der andererseits bis heute unklar ist, was aus den strahlenden Hinterlassenschaften wird.

Deshalb ist der 40. Jahrestag des ersten Supergaus der Geschichte Mahnung und Verpflichtung zugleich, den weltweiten Ausstieg aus der Atomkraft endlich zu vollziehen.

■ ■ Andrea Johlige



Familienpolitik im Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Umbruch mit Ansage – aber ohne Anstand

Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin stellt seine Familienarbeit neu auf. „Ortsnah und flexibel“ sollen die Angebote künftig sein – ein Ansatz, der grundsätzlich sinnvoll ist. Familien dort erreichen, wo sie leben, niedrigschwellig und alltagsnah: Das ist richtig und überfällig. Doch so richtig der Ansatz ist – so problematisch war der Weg dorthin. Denn der Startschuss für die Umstrukturierung fiel nicht mit einer offenen Debatte, sondern mit einer knappen Mitteilung an die bisherigen Träger: Die Finanzierung der festen Familienzentren wird ab 2026 gestrichen. Zwei Standorte schließen, andere müssen um ihre Zukunft bangen.

Der Kreistag? Wurde zunächst nicht beteiligt. Transparenz? Fehlanzeige. Erst auf Druck unserer Fraktion wurde die Umsetzung um ein halbes

Jahr verschoben. Ohne diesen Eingriff wäre die Entscheidung einfach durchgezogen worden. Das zeigt deutlich, wie hier Politik gemacht wird: erst Fakten schaffen, dann Beteiligung simulieren. Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten. Familienzentren sind gewachsene Strukturen, oft über Jahre aufgebaut, getragen von engagierten Fachkräften. Sie bieten Verlässlichkeit – genau das, was Familien brauchen. Das neue Modell setzt stattdessen auf halbe Stellenanteile pro Kommune, Projektlogik und Ehrenamt. Das mag flexibel klingen, ist aber vor allem eins: Unsicher. Natürlich: Mehr dezentrale Angebote können sinnvoll sein. Aber wer Bestehendes abbaut, bevor Neues tragfähig aufgebaut ist, handelt fahrlässig. Es droht kein Ausbau, sondern ein schleicher Rückbau unter dem



Deckmantel der „Flexibilität“. Und das alles wenige Wochen vor der Landratswahl. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf Amtsinhaber Ralf Reinhardt. Ein solcher Umgang mit Trägern, Kommunen und gewählten Gremien ist kein Versehen – das ist politische Praxis. Wir sagen klar: Familienpolitik braucht Verlässlichkeit, ausreichend Personal und echte Mitbestimmung. Wer Strukturen verändert, muss die Menschen

mitnehmen – nicht übergehen. Deshalb unterstützen wir Thomas Kresse als parteilosen Kandidaten. Weil es einen Politikstil braucht, der zuhört, einbindet und Verantwortung ernst nimmt. Denn eines ist klar: Gute Konzepte reichen nicht. Entscheidend ist, wie man sie macht.

■ ■ Marita Köhn,
Sachkundige Einwohnerin für Bildung und Soziales

Wasser - Zum Erhalt unserer Lebensgrundlage im Landkreis Prignitz



Wasser ist eine unersetzliche Ressource. Nach Angaben des Landesamtes für Umwelt sind in einigen Regionen Brandenburgs die Grundwasserstände deutlich gefallen, so auch in Teilen der Prignitz. Selbst nach reichlich Regen herrscht in rund 2 Metern Tiefe oft weiter Trockenstress. Die Fraktion Die Linke / Bündnis 90 / die Grünen hat die Kreisverwaltung befragt, welche Rechte

zur Entnahme von Grundwasser vergeben wurden. Grundsätzlich dürften nur für 1/3 der jährlichen Grundwasserneubildung Entnahmerechte vergeben werden, so die Antwort und die Verwaltung sehe keinen Anlass zur Sorge. Fast die Hälfte der Entnahmerechte entfallen derzeit auf die Landwirtschaft, etwas mehr auf die Trinkwasserversorgung. Gefragt wurde auch wegen der

jüngsten Messergebnisse, nach denen die Stepenitz mit der so genannten Ewigkeitschemikalie TFA belastet ist. Die Untere Wasserbehörde konnte keine Auskunft darüber geben, wo die Belastung herkommt. Die Überwachung der Wasserqualität von Flüssen und Seen sei außerdem Landessache. Bleibt die Frage, wer z.B. Klärwasser und -schlamm wegen möglicher Belastungen durch Ewigkeitschemikalien untersucht. Vermutlich niemand, denn die Abwasserverordnung sieht aktuell nicht vor, diese Werte in kommunalen Kläranlagen zu überwachen, teilt die Kreisverwaltung mit. Weiter erfuhr die Fraktion, dass es im Flussgebiet Stepenitz – Karthane – Löcknitz noch kein umfassendes Niedrigwasserkonzept

gibt. Das Land habe aber zur Erarbeitung ein Planungsbüro beauftragt. Solche Konzepte werden durch die häufigen Trockenperioden immer wichtiger. In der Prignitz gebe es außerdem eine Vielzahl von Kleinprojekten gegen Niedrigwasser durch z.B. die Veränderung von Stauzeiten. Die Untere Wasserbehörde begleite sie fachlich, heißt es in der Antwort auf die Anfragen der Fraktion. Größere Projekte, wie die Renaturierung des Rambover Moores, liegen nicht in der Hand des Landkreises. Die Kreistagsfraktion wird diese Themen im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt weiter verfolgen.

■ ■ bms

Gemeinderätin Nicole Tornow bescheinigt Thomas Kresse „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“

Kommunalpolitik lebt davon, dass gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger gut mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Entscheidungen müssen vorbereitet, diskutiert und anschließend zuverlässig umgesetzt werden. Genau diese Erfahrung hat Nicole Tornow in ihrer Arbeit im Gemeinderat gemacht. Im Austausch mit dem Amtsdirektor des Amtes Temnitz, Thomas Kresse, habe sie besonders die transparente und lösungsorientierte Zusammenarbeit schätzen gelernt. „Mir ist wichtig, dass der Gemeinderat frühzeitig alle notwendigen Informationen bekommt – etwa zu

Bauvorhaben oder zum Haushalt. Das ermöglicht uns, fundierte Entscheidungen zu treffen und unsere Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wahrzunehmen“, berichtet Nicole Tornow. Nach ihrer Erfahrung funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltung im Amt Temnitz auf einer vertrauensvollen Grundlage. Informationen würden rechtzeitig bereitgestellt, Probleme offen angesprochen und gemeinsam nach Lösungen gesucht. „Beschlüsse des Gemeinderates werden in der Verwaltung zügig und nachvollziehbar umgesetzt.

Wenn Schwierigkeiten auftreten, werden sie nicht verschwiegen, sondern frühzeitig zurückgemeldet“, sagt Tornow. „Das schafft Vertrauen und ermöglicht konstruktive Zusammenarbeit.“ Besonders wichtig sei ihr dabei die Verlässlichkeit der Verwaltung. „Wenn Zusagen gemacht werden, werden sie auch eingehalten. Diese Verbindlichkeit ist eine wichtige Grundlage für gute kommunale Politik.“ Für Nicole Tornow zeigt sich gerade im Alltag kommunaler Arbeit, wie entscheidend ein respektvoller und sachlicher Umgang miteinander ist. „Kommunalpolitik funktioniert am besten,



wenn Verwaltung und gewählte Vertreterinnen und Vertreter gemeinsam an Lösungen arbeiten – transparent, zuverlässig und auf Augenhöhe.“

■ ■ Holger Kippenhahn

Für unseren Landkreis

Die Linke Ostprignitz-Ruppin unterstützt, wie berichtet, die Landratskandidatur des parteilosen Einzelbewerbers Thomas Kresse. Das hat die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes am 16. März einstimmig beschlossen. Jetzt geht es um einen bürgernahen Wahlkampf für und mit Thomas Kresse. Er hat Verwaltungserfahrung und kluge

Ideen für die Zukunft. Seine Vorschläge resultieren aus einer umfassenden Kenntnis der Potenziale und auch der Schwachstellen der Region, die seine Heimat ist. Zuhören, Beteiligung der Menschen und Transparenz von Entscheidungen prägen seinen Stil. Das hält er als Amtsdirektor des Amtes Temnitz so und das will er

auch als Landrat fortsetzen. Thomas Kresse ist im Landkreis verwurzelt und über Parteigrenzen hinweg anerkannt. Als Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes steht er für eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Darüber hinaus steht er für gesellschaftlichen Zusammenhalt

und engagiert sich persönlich für Ehrenamt, Vereine und soziale Initiativen in der Region.

(Mehr Infos unter: www.thomas-kresse.de und jeden Sonntag neu auf www.dielinke-opr.de)

■ ■ red

Erhalten, was sich bewährt hat – Kämpfen für LEADER

Manchmal glaubt man es gar nicht! Wie kann man in einer Zeit, in der es ein massives politisches Problem ist, dass sich Menschen in den ländlichen Regionen abgehängt fühlen und die Kommunen kaum noch Geld für Gestaltung haben, ein so bewährtes Förderprogramm in Frage stellen? Es geht um das EU-Programm LEADER mit seinen regionalen Budgets für Projekte im ländlichen Raum. 80 – 90 Prozent der Projektkosten können aus den LEADER-Geldern bestritten werden, den Rest

müssen Kommune oder Land tragen. Ab 2028 steht das Leader-Programm nun vor drastischen Veränderungen. Die EU-Kommission will den Fördersatz auf 40 Prozent absenken, das Programm soll in einen Wettbewerbsfonds überführt und die nationale Mittelverteilung nicht mehr regional, sondern auf Regierungsebene stattfinden.

Was droht verloren zu gehen?

Von 2023 bis 2027 stehen für die Landkreise OPR und Prignitz zusammen rund 27

Millionen Euro LEADER-Fördermittel bereit für Investitionen in Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur und Dorfleben. In Lindow wird z.B. das Bahnhofsensemble saniert, ein Jugendraum entsteht im Nebengebäude, in Vehlów eine neue Kita, in Lenzen das „Schnabulös“ als Vinothek und Café, um nur einige wenige Projekte zu nennen. Auch Straßen werden saniert. Es geht aber nicht nur um Geld, es geht um Beteiligung und Gestaltungsmöglichkeit. Alle können Projekte entwickeln und einreichen. Die Auswahl wird transparent

von Lokalen Aktionsgruppen (LAG) getroffen. Bei uns sind das die LAG Ostprignitz-Ruppin und die LAG Storchenland. Beide sind im Lauf der Jahre wichtige Akteure in ihren Landkreisen geworden. Auch ihre Existenz steht auf dem Spiel.

Unsere Kreistage und Kreisverwaltungen müssen dringend aktiv werden, um Druck aufzubauen, am besten zusammen mit den vielen anderen, die längst alarmiert sind und etwas tun.

■ ■ Thomas Domres

Wir trauern um unseren Genossen Martin Beckmann



Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Genossen Martin Beckmann, der im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Martin Beckmann war über viele Jahre hinweg ein engagiertes Mitglied unserer Gemeinschaft. Mit seiner warmherzigen, zugewandten Art war

er ein Mensch, der Brücken baute und stets für andere da war. Seine Menschlichkeit und seine ruhige, freundliche Ausstrahlung machten ihn zu einem überaus geschätzten Zeitgenossen. Der Partei fühlte er sich in allen Zeiten eng verbunden. Auch in schwierigen Phasen stand er verlässlich zu seinen Überzeugungen und brachte sich mit großer Loyalität ein. Sein umfangreiches Wissen und seine Lebenserfahrung stellte er uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit. Besonders für die Hansestadt Kyritz war Martin Beckmann

ein wichtiger ehrenamtlich Engagierter. Mit großem Verantwortungsbewusstsein und persönlichem Einsatz hat er das gesellschaftliche Leben vor Ort mitgeprägt und bereichert. Wir verlieren mit ihm nicht nur einen Genossen, sondern einen Menschen, der durch seine Haltung und sein Wirken bleibende Spuren hinterlässt. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

■ ■ Holger Kippenhahn

Am 27. März wählten die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes der Linken Neuruppin ihren neuen Stadtverband. Neuer Vorsitzender ist Benedict Kurz, weitere Mitglieder sind: Achim Behringer, Doris Hochschild, Anke Kehnscherper, Sabine Keller, Hans Schaefer und Nicole Tornow.



Kurz & knapp

Women in Exile hat eine Crowdfunding-Kampagne gestartet, um den Traum von einem „Zuhause im Exil“ zu verwirklichen. Hier ist der Link zur Kampagne: <https://www.startnext.com/home-in-exile>

sind nun an einem Ort gebündelt, in 17 Sprachen, offline nutzbar und mit integrierter Kartenfunktion. Die App INTEGRATE ist ab sofort in den üblichen App-Stores und auch als Web-App verfügbar: <https://integreat.app/ostprignitz-ruppin/de>.

Die App richtet sich an alle neu Zugezogenen – egal ob aus dem In- oder Ausland. Aber auch für Fachkräfte in Beratung, Verwaltung und sozialen Einrichtungen kann sie eine echte Erleichterung im Alltag sein: als zentrale, einfach teilbare Informationsquelle, die viele Rückfragen von vornherein beantwortet.

■ ■ red



Das Positionspapier zur Windenergie des Kreisverbandes der Linken Prignitz gibt es nun als DIN-A-3 Faltpapier zum Verteilen. Es kann in der Geschäftsstelle abgeholt oder ab 10 Stk. bestellt werden: vorstand@dielinke-prignitz.de

■ ■ red

Termine

25.04. // 14-17 Uhr
Repair Cafe ´ Geschäftsstelle Wittstock, Burgstraße 27

30.04. // ab 17 Uhr
Mai-Grillen Kreisgeschäftsstelle, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

01.05. // ab 10 Uhr
Frühschoppen zum 1. Mai Burgstraße 27, 16909 Wittstock

06.05. // 9-12 Uhr
1-Euro-Frühstück Burgstraße 27, 16909 Wittstock

08.05. Gedenken/Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung
Zu den Veranstaltungsorten und -zeiten bitte die Tagespresse und unsere Internetseite beachten.

08.05. Bundesweiter Schulstreik

9.-10.05. Aktivenkonferenz der Brandenburger Linken

Jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr

Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Dröbler

Termine unter: 0151/27551564
Schinkelstr. 13, Neuruppin

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domes

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.
Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG